



Ministerium für Kultur und Wissenschaft  
des Landes Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

An den  
Vorsitzenden des Hauptausschusses  
des Landtags Nordrhein-Westfalen  
Herrn Dr. Marcus Optendrenk MdL  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
17. WAHLPERIODE

**VORLAGE**  
**17/5974**

A05

10. November 2021  
Seite 1 von 5

Aktenzeichen:  
515  
bei Antwort bitte angeben

Isabel Pfeiffer-Poensgen

### Sitzung des Hauptausschusses am 11.11.2021

#### **TOP 4: Überlegungen zur Weiterentwicklung des erinnerungskulturellen Konzepts für die historisch-politische Bildungsarbeit der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen (schriftlicher Bericht der Landesregierung)**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

in der Sitzung des Hauptausschusses am 15. April 2021 war vereinbart worden, dass die Landesregierung zum Thema der Weiterentwicklung des erinnerungskulturellen Konzepts der Landeszentrale für politische Bildung einen schriftlichen Bericht vorlegt. Hiermit übersende ich einen solchen Bericht.

Mit freundlichen Grüßen

Isabel Pfeiffer-Poensgen

Völklinger Straße 49  
40221 Düsseldorf  
Telefon 0211 896-4316  
Telefax 0211 896-4555  
poststelle@mkw.nrw.de  
www.mkw.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:  
S-Bahnen S 8, S 11, S 28  
(Völklinger Straße)  
Rheinbahn Linie 709  
(Georg-Schulhoff-Platz)  
Rheinbahn Linien 706, 707  
(Wupperstraße)



**Überlegungen zur  
Weiterentwicklung des erinnerungskulturellen Konzepts  
für die historisch-politische Bildungsarbeit  
der Landeszentrale für politische Bildung  
Nordrhein-Westfalen**

- Stand 04.11.2021 -

Die historisch-politische Bildung hat zum Ziel, aus der Beschäftigung mit der Vergangenheit konkrete Anstöße für die Gestaltung unseres heutigen Zusammenlebens in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft zu gewinnen. Historisch-politische Bildung soll deutlich machen, welche Errungenschaften Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat sind, sie soll beispielhaft aufzeigen, wie jede und jeder Einzelne durch sein Handeln an der Gestaltung unserer Gesellschaftsordnung mitwirken kann, und sie soll sensibilisieren für Gefährdungen von Demokratie und Freiheit.

Die Beschäftigung mit der Zeit des Nationalsozialismus nimmt deshalb in der historisch-politischen Bildung eine zentrale Stellung ein. Um zu einer angemessenen Form des Gedenkens und der Erinnerung an die NS-Zeit zu gelangen, bedurfte es eines langen Weges. Es waren vor allem zivilgesellschaftliche Initiativen, aus deren Engagement sich die heutigen NS-Gedenkstätten und -Erinnerungsorte in Nordrhein-Westfalen entwickelt haben, die mit ihrer Arbeit einen entscheidenden Beitrag zur historisch-politischen Bildung leisten.

Die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen fördert Projekte an den NS-Gedenkstätten und -Erinnerungsorten in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus Projekte zur Aufarbeitung der Geschichte, insbesondere des Nationalsozialismus, von besonderem Landesinteresse. Aktuell 29 NS-Gedenkstätten und -Erinnerungsorte in Nordrhein-Westfalen – mit einer großen Vielfalt in der regionalen Verteilung, der Größe und des thematischen Profils – haben sich in einem Arbeitskreis zusammengeschlossen und werden von der Landeszentrale in ihrer Arbeit unterstützt. Diese bewährten Förderstrukturen sind grundlegend auch für die Zukunft.



Besonderen Wert für die historisch-politische Bildung bekommt die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit auch durch die Einbeziehung von historischen Kontexten, also einerseits den Entwicklungen hin zu Machtübernahme und -konsolidierung des NS-Regimes und andererseits den Nachwirkungen von nationalsozialistischer Diktatur und Zweitem Weltkrieg zum Beispiel in Gestalt von Flucht und Vertreibung aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten. Die Auseinandersetzung mit NS-Verbrechen und die Auseinandersetzung mit Flucht und Vertreibung stehen vor ähnlichen erinnerungspädagogischen Herausforderungen, wenn es darum geht, mit dem Schwinden der Zeitzeugengeneration umzugehen.

Die NS-Gedenkstätten und -Erinnerungsorte berücksichtigen solche Vorgeschichten und Nachwirkungen schon jetzt vielfach in ihrer Arbeit, gerade dort, wo diese verschiedenen Zeitschichten an den authentischen Orten selbst, die heute Gedenkstätten sind, unmittelbare Spuren hinterlassen haben. Wichtige Dimensionen des (zeit-)geschichtlichen Kontexts der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus sind auch die Entwicklungsgeschichten der NS-Gedenkstätten und -Erinnerungsorte selbst und ihr Beitrag zur nordrhein-westfälischen Landesgeschichte. Die Landeszentrale für politische Bildung wird ihre Förderung auch auf diesen Feldern fortsetzen und entsprechende Vorhaben der Gedenkstätten begleiten. Das gilt auch für die Nutzung der Möglichkeiten einer vernetzten Förderung, bei der Mittel aus unterschiedlichen Förderprogrammen eingesetzt werden.

Ein besonderes erinnerungspädagogisches Potenzial bietet auch eine transnationale, europäische Perspektive auf die Geschichte. Der Umgang mit den hundertjährigen Jahrestagen im Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg hat noch einmal deutlich gemacht, wie unterschiedlich die nationalen Blickwinkel auf dieses Ereignis sind und wie ähnlich gleichzeitig die Schlussfolgerungen sein können, wenn es darum geht, gemeinsam den Frieden in Europa zu bewahren. Auch solche Ansätze der Erinnerungsarbeit gilt es weiterzuverfolgen.

Geschichte muss immer wieder neu daraufhin befragt werden, was wir aus ihr lernen können. Die junge Generation fragt dabei oft aus einer anderen Perspektive als die Generation ihrer Eltern, und Menschen mit Migrationshintergrund fragen oft vor anderen Erfahrungshintergründen als Menschen, deren Vorfahren seit Generationen in Deutschland leben.



Gleichzeitig verändern neue wissenschaftliche Erkenntnisse und gesellschaftliche Debatten den Blick auf historische Geschehnisse und ihre Nachwirkungen bis heute.

Vor diesem Hintergrund ist festzustellen, dass die Beschäftigung mit dem Kolonialismus in den letzten Jahren stark an Bedeutung gewonnen hat. In der Öffentlichkeit wird mittlerweile sehr intensiv über den Umgang der ehemaligen Kolonialmächte – darunter Deutschland – mit ihrer kolonialen Vergangenheit diskutiert, und es wird die Frage gestellt, wie sowohl die Folgen konkreten kolonialistischen Unrechts als auch die Nachwirkungen kolonialistisch geprägter Denk- und Verhaltensmuster das Zusammenleben in unserer heutigen Gesellschaft beeinflussen, zu der auch Menschen mit Wurzeln in ehemaligen Kolonialstaaten gehören.

Deshalb liegt es in der Konsequenz des etablierten Ansatzes der historisch-politischen Bildung, das gewachsene Interesse für den Kolonialismus und seine Voraussetzungen und Nachwirkungen aufzugreifen und die Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus zu fördern. Die Basis hierfür bilden die bewährten Methoden der historisch-politischen Bildung, insbesondere die Bezugnahme auf eine gesicherte Faktenbasis, die Berücksichtigung unterschiedlicher Perspektiven und Standpunkte und die Orientierung an der Frage, welche Impulse sich aus der Beschäftigung mit dem Kolonialismus für die Gestaltung unseres heutigen Zusammenlebens auf der Basis gemeinsamer Grundwerte gewinnen lassen.

Die Landeszentrale für politische Bildung will deshalb ihre Aktivitäten auf dem Feld der historisch-politischen Bildung um den Themenbereich der Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus erweitern. Dies soll in Form einer schrittweisen Ergänzung der bisherigen Aktivitäten geschehen, die ungeschmälert fortgeführt werden. Die Erweiterung soll überdies in engem Austausch mit den Partnern der Landeszentrale gestaltet werden, insbesondere auch den NS-Gedenkstätten und -Erinnerungsorten in Nordrhein-Westfalen.

Einige NS-Gedenkstätten und -Erinnerungsorte haben auch das Thema Kolonialismus in ihrer Arbeit aufgegriffen, vor allem aber bringen die Gedenkstätten wertvolle Expertise mit, wenn es darum geht, historische Geschehnisse zu erforschen und zu dokumentieren und die Ergebnisse



dieser Arbeit in Form einer Ausstellung und in anderen Vermittlungsformaten zu präsentieren. Das Wirken der NS-Gedenkstätten und -Erinnerungsorte in den letzten Jahrzehnten ist darüber hinaus ein Erfolgsbeispiel dafür, wie es gelingen kann, die Beschäftigung mit bestimmten Themen in der allgemeinen Erinnerungskultur zu verankern. Für das Thema Kolonialismus ist dies ein gerade beginnender Prozess, dessen Verlauf noch offen ist.

In den letzten Jahren haben sich viele Initiativen, Organisationen, Stiftungen, Museen, staatliche und private Akteure auf den Weg gemacht, um sich mit dem Kolonialismus in seinen vielfältigen Facetten auseinanderzusetzen. Die Landeszentrale strebt deshalb an, sich mit den unterschiedlichen Akteuren auf diesem Gebiet zu vernetzen. Dies dient auch dazu, die eigenen Aktivitäten so zu gestalten, dass sie komplementär zu bestehenden Angeboten und Initiativen wirken können.

Zu diesem Zweck soll auch ein Überblick über den Status Quo bei der Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus in Nordrhein-Westfalen erstellt werden. Parallel ist die Beauftragung einer Forschungsarbeit zu prüfen, die sich in Form einer Überblicksdarstellung mit dem Kolonialismus beschäftigt, der von Handelnden in den Regionen des heutigen Nordrhein-Westfalen ausging. Schließlich sollen Überlegungen konkretisiert und diskutiert werden, zusätzlich zur bestehenden Gedenkstättenförderung ein Pilotprogramm aufzulegen zur Förderung ausgewählter Projekte der Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus, die einen Beitrag zur historisch-politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen leisten.